



Einlaufen zum Hafengeburtstag

Schiffe aus aller Welt haben gestern an der großen Einlaufparade teilgenommen – knapp 300 Segler, Ozeanriesen und Motorboote zogen in den Hamburger Hafen ein.

FOTO: DPA

Hamburg (wk). Mit einer großen Einlaufparade hat gestern der 824. Hafengeburtstag in Hamburg begonnen. Den Startschuss gaben der Kultur- und Tourismusminister der

italienischen Region Ligurien, Angelo Berlangieri, und Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) auf dem Museumsschiff „Rickmer Rickmers“. Nachdem sie die Schiffsglocke

geläutet hatten, zogen knapp 300 Schiffe in den Hafen ein, angeführt vom Segelschiff „Gorch Fock“. Auch das Kreuzfahrtschiff „Europa 2“ fuhr in der Parade mit.

Nach Angaben der Veranstalter waren Zehntausende gekommen. Die Veranstalter hoffen bis zum Sonntag auf rund 1,5 Millionen Besucher. **Siehe auch Seite 24**

Goslar muss um Kongress bangen

Wandert Verkehrsgerichtstag ab?

Goslar (wk). Die Stadt Goslar muss mit einer Abwanderung des renommierten Verkehrsgerichtstages (VGT) rechnen. Angesichts der stetig wachsenden Teilnehmerzahl seien Goslars Defizite zuletzt immer deutlicher geworden, sagte VGT-Präsident Kay Nehm. Dies betreffe sowohl die Tagungsstätten als auch die Unterbringungsmöglichkeiten. Unter den Teilnehmern gebe es eine regelrechte Unmutswelle, sagte der frühere Generalbundesanwalt. Noch gebe es zwar keinen Beschluss, Goslar den Rücken zu kehren. Auch sei er persönlich von der Stadt wegen der familiären Atmosphäre sehr angetan. „Wir denken aber ernsthaft darüber nach, wie es weitergehen soll“, sagte Nehm. Es müsse etwas geschehen, damit die Veranstaltung dauerhaft in der alten Kaiserstadt bleibe.

Der Verkehrsgerichtstag, der sich mit aktuellen Problemen und Entwicklungen vor allem des Straßenverkehrs befasst und richtungweisende Empfehlungen für den Gesetzgeber ausspricht, tagt seit mehr als 50 Jahren jeweils im Januar in Goslar. Die mehrtägige Veranstaltung hatte in diesem Jahr erstmals mehr als 2000 Teilnehmer.

Goslar wolle alles dafür tun, den VGT als wichtigsten Kongress in der Stadt zu halten, sagte ein Sprecher. Oberbürgermeister Oliver Junk (CSU) habe Nehm für Juni zu Gesprächen nach Goslar eingeladen, um nach Lösungen zu suchen.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

TODESSCHÜSSE AUF LANDRAT

Behörde stellt Ermittlungen ein

Hameln. Nach den Todesschüssen auf den Landrat Rüdiger Butte in Hameln und dem Selbstmord des Schützen sind die Ermittlungen zu dem Mordfall eingestellt worden. Dies teilten die Ermittlungsbehörden mit. Ein Abgleich der Munition der Waffe mit einer zentralen Sammlung beim Bundeskriminalamt sei negativ verlaufen. Als Motiv müssten weiterhin die sich zunehmend verschlechternden Lebensumstände des Täters gelten. Der 63-jährige Butte war am 26. April in seinem Büro von einem Rentner erschossen worden. Der 74-Jährige hatte sich anschließend selbst getötet.

STURZ IN DIE ELBE

Radler von Schiffschraube getötet

Hamburg. Ein Fahrradfahrer ist in Hamburg-Finkenwerder auf dem Weg zu einem Fähranleger über eine steile Rampe in die Elbe gestürzt und im Wasser tödlich verunglückt. Der 43-jährige Britte sei aus unbekannten Gründen vom Ponton des Anlegers geradeaus in den Fluss gefahren, teilte die Polizei gestern mit. Als er sich im Wasser befand, habe ihn vermutlich der Sog einer Fähre in die rotierende Schiffschraube gezogen, sagte eine Polizeisprecherin. Der 43-Jährige erlitt dabei tödliche Verletzungen.

LUFTQUALITÄT

App zeigt Messwerte an

Hannover. Wer sich über Feinstaubbelastungen oder Ozonwerte in Niedersachsen informieren will, kann sich diese Daten künftig auch auf Smartphones ansehen. Die Werte gebe es auf einer kostenlosen App für Apple-Geräte und Smartphones mit den Betriebssystemen iOS, Android und Windows Phone. Gezeigt werden die Messwerte von den rund 30 Messstationen in Niedersachsen. Die Daten für Stickstoffdioxid, Feinstaub, Ozon, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid sowie die Wetterparameter würden stündlich aktualisiert, teilte eine Sprecherin des Umweltministeriums gestern in Hannover mit.

FEUER IN CONTAINER

Flammen greifen auf Schule über

Lohne. Ein Feuer in einem Papiercontainer hat gestern auch ein Schulgebäude im Landkreis Vechta beschädigt. Der Brand war aus noch ungeklärter Ursache in dem neben der Grundschule in Lohne-Brockdorf abgestellten Container ausgebrochen. Ein Passant alarmierte die Einsatzkräfte. Die Feuerwehrleute hätten jedoch nicht verhindern können, dass das Schulgebäude durch Flammen und Löschwasser in Mitleidenschaft gezogen wurde, teilte ein Polizeisprecher mit. Der Schaden wird auf rund 50.000 Euro geschätzt.

BRÜCKENBAUARBEITEN

A7 wird komplett gesperrt

Seesen-Bockenem. Die Autobahn 7 wird in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag zwischen Seesen und Bockenem in beiden Fahrtrichtungen gesperrt. Die Sperrung beginnt nach Angaben der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Bad Gandersheim am Sonnabend um 20 Uhr. Sie endet voraussichtlich um 6 Uhr am Sonntagmorgen. Grund sind Brückenbauarbeiten. Die Autobahn 7 wird südlich von Hildesheim derzeit von vier auf sechs Spuren ausgebaut. In beiden Fahrtrichtungen sind Umleitungsstrecken ausgeschildert.

„Es geht nicht nur um Schuld und Sühne“

Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz zu Ermittlungen gegen ehemalige KZ-Aufseher

In Niedersachsen stehen vier ehemalige Aufseher des Konzentrationslagers Auschwitz im Visier der Strafverfolger. Die Verfahren dienen nicht nur der Sühne, sondern für Opfer und deren Familien auch zur Anerkennung und Aufarbeitung des schrecklichen Leids, sagt Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne). Mit ihr sprach unser Korrespondent Peter Mlodoch.

In Niedersachsen müssen vier mutmaßliche KZ-Wärter mit einer Anklage wegen Beihilfe zum Mord rechnen. Wie weit sind die Verfahren?

Antje Niewisch-Lennartz: Derzeit ermittelt die Zentralstelle für die Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg. Die Erkenntnisse sind noch nicht so weit fortgeschritten, dass wir schon sicher mit einer Anklageerhebung hier in Niedersachsen rechnen könnten. Aber es gibt ernsthafte Ermittlungen gegen die vier Personen.

Diese sind auch konkret bekannt?

Die vier Personen sind namentlich bekannt. Im Augenblick werden aber noch die genauen Wohnadressen ermittelt, so dass der Ort einer möglichen Anklageerhebung noch nicht feststeht.

Die vier Männer sind um die 90 Jahre alt, also hochbetagt und vielleicht auch gebrechlich. Macht ein Strafverfahren da überhaupt noch Sinn?

Das macht in jedem Alter Sinn. Natürlich lösen hochbetagte Senioren zunächst vielleicht einen Mitleidreflex aus. Aber davon dürfen wir uns nicht leiten lassen. Jeder, der an diesen schrecklichen Verbrechen beteiligt war, ist solange zu verfolgen, solange er dafür Verantwortung und Schuld trägt. Und solange muss man ermitteln. Wenn diese Ermittlungen zur Anklageerhebung führen, muss zwangsläufig auch ein Gerichtsverfahren folgen.

Bestehen 68 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz aber nicht erhebliche Beweisschwierigkeiten? Opfer und Zeugen, sofern sie überhaupt noch leben, werden ihre Peiniger oft gar nicht wiedererkennen können.

Ja, das ist ein ernsthaftes Problem. Allerdings haben sich durch den Fall John

Demjanjuk die Maßstäbe für die Beweiserhebung inzwischen verschoben. Das Landgericht München hat im Jahr 2011 entschieden, dass es ausreicht, wenn jemand Teil der KZ-Wachmannschaft war und in der Zeit, in der es zu den schrecklichen Verbrechen gekommen ist, auch seines Amtes gewaltet hat. Dann geht man davon aus, dass er auch wusste, was dort passierte. Der Nachweis, dass jemand konkret an einzelnen Morden beteiligt war, ist bei der Beihilfehandlung nicht mehr erforderlich.

Und dass die vier Männer aus Niedersachsen Teil dieser Vernichtungsmaschinerie waren, steht fest?

Dies festzustellen, ist genau die Aufgabe der Zentralstelle in Ludwigsburg. Wann und in welchem Zeitabschnitt waren sie in welchem Konzentrationslager? Was ist dort zu dieser Zeit passiert. Erst wenn man dies weiß, kann man die Beweiskette schließen und Anklage erheben.



Antje Niewisch-Lennartz
FOTO: DPA

Sind die Staatsanwaltschaften in Niedersachsen für solche Fälle gerüstet?

Die Ermittlungen werden in Ludwigsburg geführt. Diese staatsanwaltliche Zentralstelle ist seit Jahrzehnten auf diese Verbrechen und solche Verfahren spezialisiert, hat Zugang zu entsprechenden Dokumenten und Archiven. Die Kollegen dort bereiten die Verfahren bis zur Anklageerhebung vor und geben sie dann an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften ab.

Die vier Fälle in Niedersachsen betreffen das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Stehen auch noch andere Täter wegen ihrer NS-Verbrechen im Visier der Ermittler?

Die Veränderung des Beweismaßstabes wird sicherlich auch andere Täter, wenn sie noch leben, in Unruhe versetzen. Sie müssen jetzt damit rechnen, dass man ihrer, wenn sie – wo auch immer – in einem KZ tätig waren, noch habhaft wird. Mord verjährt nicht. Und Beihilfe zum Mord verjährt ebenfalls nicht.

Prozess gegen niedersächsische NS-Verbrecher?

VON PETER MLODOCH

Hannover. 68 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten möglicherweise auch in Niedersachsen juristische Nachspiele. Die Ermittlungsbehörden haben nicht nur vier ehemalige Wärter des Konzentrationslagers Auschwitz im Visier, die heute in Niedersachsen leben (siehe Interview). Auch die Gräueltaten der Wehrmachtsdivision „Hermann Göring“ in Italien stehen vor einer Aufarbeitung hierzulande. Davon unterrichtet jetzt das Justizministerium in Hannover den Rechtsausschuss des Landtags.

Dabei geht es um mehrere Massaker der NS-Elitetruppe an der italienischen Zivilbevölkerung im Frühjahr 1944. Vor zwei Jahren hatte ein Militärgericht in Verona sie-

ben Angehörige der Division in deren Abwesenheit wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, darunter den heute 88-jährigen Alfred L. aus Harsefeld (Kreis Stade). Dieser hat immer wieder eine Beteiligung an dem Massaker abgestritten. Drei Soldaten sprach das Gericht frei, darunter auch einen Mann aus Osnabrück.

Jetzt prüfen die deutschen Behörden, ob das – inzwischen rechtskräftige – Urteil gegen den ehemaligen Feldwebel L. und die sechs anderen Soldaten hier in Deutschland vollstreckt werden kann. Zwar gibt es keine entsprechenden Abkommen mit Italien, eine Rechtshilfe ist dennoch möglich, sofern der Richterspruch von Verona den hiesigen rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht. Daran allerdings bestehen laut dem Ressort von Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) gewisse Zwei-

fel – einmal wegen der Verurteilung in Abwesenheit, zum andern, weil der zugrunde gelegte Sachverhalt in Deutschland möglicherweise nicht zu einer Verurteilung wegen Mordes ausreicht. Die Staatsanwaltschaft Dortmund führt ein Sammelverfahren gegen Angehörige der Division „Hermann Göring“ und wertet derzeit die italienischen Urteile aus.

Im Fall des Osnabrücker und seiner beiden Kameraden prüfen die Dortmunder Strafverfolger, ob sie jetzt eigene Ermittlungen wegen Mordes oder Beihilfe dazu aufnehmen. Bei einem entsprechenden Anfangsverdacht sind sie eigentlich dazu verpflichtet. Dagegen stehen allerdings der rechtskräftige Freispruch in Italien – und der rechtsstaatliche Grundsatz, wonach niemand wegen einer Tat zweimal verfolgt werden darf.

Kampf um Elisabethfehnkanal

Bürgerinitiative wirbt mit Flohmarkt und Bootskorso um Erhalt

Elisabethfehn (wk). Der „wahrscheinlich längste Flohmarkt Niedersachsens“ hat nach Veranstalterangaben gestern mehrere Tausend Besucher nach Elisabethfehn (Kreis Cloppenburg) gelockt. Rund zehn Kilometer entlang des Elisabethfehnkanals hatten die Veranstalter Stände aufgebaut, zwischen denen es bei starkem Publikumsandrang kaum ein Durchkommen gab. Zeitgleich bildete sich ein kilometerlanger Bootskorso mit Motor- und Segelbooten auf der Wasserstraße.

Mit der Aktion wollte die Bürgerinitiative „Rettet den Elisabethfehnkanal“ für den Erhalt des einzigen noch schiffbaren Fehnkanals in Deutschland werben. Für die fällige Sanierung der bis zu 150 Jahre alten Schleuse Osterhausen fehlen rund zwei Millionen Euro. „Wir hoffen, dass sich Bund und Land sowie zu einem kleineren

Teil auch die Kommune und der Landkreis daran beteiligen“, sagten Walter Eberlei und Gunda Schröder von der Bürgerinitiative gestern. Für eine Diskussion mit Landespolitikern über Wege zur Rettung des Kanals hatte sich zur Abschlusskundgebung auch Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) angesagt. Er führe seit längerem Gespräche mit dem Landrat und mit dem Verkehrsministerium in Berlin, sagte der Minister. Da es sich um eine Bundeswasserstraße handle, könne der Bund nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Eine Übernahme des Kanals ist für Lies vor dem Hintergrund der Finanzlage des Landes schwer vorstellbar. „Fest steht, dass der Kanal eine große Bedeutung für den Rad- und Wassertourismus in Niedersachsen hat“, sagte Lies. Er kündigte weitere Gespräche an.

Bundeswehr mustert Jets aus

Phantom-II-Maschinen werden von Eurofightern abgelöst

Wittmund (wk). Ein Militärjet in Sonderlackierung hat beim Jagdgeschwader 71 Richthofen nach vier Jahrzehnten Einsatz das Ende des betagten Typs F-4F Phantom II bei der Bundeswehr eingeläutet. Die nur noch in Wittmund stationierten Jets werden dort am 29. Juni mit einem Tag der Offenen Tür ausgemustert und dann durch die moderneren Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter abgelöst. Erwartet werden Zehntausende Besucher aus aller Welt sowie zahlreiche Gastflugzeuge.

Bei der blau-gold lackierten Phantom handelt es sich nach Bundeswehrrangaben um die erste F-4F, die 1973 an die Bundeswehr ausgeliefert wurde. Sie soll auch als letzte Ende Juni offiziell außer Dienst gestellt werden. In Wittmund ist eine von zwei Alarmrotten der Luftwaffe stationiert. Dabei sollen jeweils zwei Jagdflugzeuge in-



Der Phantom-Jet wird abgelöst. FOTO: DPA

nerhalb von 15 Minuten starten können, wenn der Luftraum über Deutschland verletzt wird. Die vom US-Hersteller McDonnell Douglas entwickelte Phantom war und ist weltweit als Rückgrat zahlreicher Luftwaffen im Einsatz.